

Tabelle 7
Baufertigstellungen im Nichtwohnbau

Gebäudeart	1. Halbjahr		Veränderung %
	1970	1971	
	1 000 cbm		
Nichtwohngebäude insgesamt ..	6 401	7 657	+19,6
davon			
Anstaltsgebäude	268	167	-37,7
Bürogebäude	440	432	- 1,8
Landw. Betriebsgebäude	631	522	-17,3
Gewerbl. Betriebsgebäude	4 392	5 450	+24,1
Schulgebäude	261	406	+55,6
Sonstige Nichtwohngebäude	409	680	+66,3

entsprechenden Vorjahreswerten. Ob diese günstige Entwicklung auch in der zweiten Jahreshälfte anhalten wird, ist frag-

Kommunale Finanzwirtschaft 1970

Ausgewählte Ergebnisse der Gemeindefinanzstatistik

Da die Aufbereitung der umfangreichen Jahresrechnungstatistik der Gemeinden und Gemeindeverbände einen verhältnismäßig langen Zeitraum benötigt, sind für 1970 einige Eckdaten für die größeren kommunalen Gebietskörperschaften vorweg zusammengestellt worden. Diese Vorwegmeldung umfaßt die Einnahmen und Ausgaben nach Arten für die Summe der ordentlichen und außerordentlichen Haushalte der Stadtkreise, der kreisangehörigen Gemeinden mit 20 000 und mehr Einwohnern, der Landkreise und der Bezirksverbände. Diese Auswahl erscheint ausreichend, um die wichtigsten Entwicklungstendenzen mit genügender Sicherheit erkennen zu lassen. Immerhin repräsentieren die vorliegenden Ergebnisse in der Summe der Ausgaben über 60% der gesamten kommunalen Finanzmasse. Die Repräsentation ist bei einzelnen Ausgabe- und Einnahmearten wesentlich höher (z. B. Personalausgaben rund 70%) bei anderen aber auch geringer (Steuern, allgemeine Finanzzuweisungen, Bauten)¹.

10,5 Mrd. DM Haushaltsvolumen

Die Ausgaben im kommunalen Bereich sind im Jahr 1970 bei anhaltender Konjunktur weiter gestiegen. Auf die in den Vorwegergebnissen erfaßten Gebietskörperschaften entfallen Bruttoausgaben in Höhe von 6355 Mill. DM, so daß sich bei Anwendung des genannten Repräsentationsgrads von 60,6% eine durch Hochrechnung ermittelte Gesamtsumme von rund 10,5 Mrd. DM ergibt, gegenüber 9,0 Mrd. DM im Jahr 1969; das entspricht einer Ausgabensteigerung von etwa 16,5%. Das Ausmaß dieser Steigerung bewegt sich bei den einzelnen Gruppen kommunaler Gebietskörperschaften zwischen etwa 10% bei den Bezirksverbänden und 18% bei den kreisangehörigen Gemeinden mit 20 000 und mehr Einwohnern. Bei einer gegenüber dem Vorjahr lebhafteren Investitionstätigkeit sind 1970 in der Summe der in dieser Auswahl erfaßten kommunalen Gebietskörperschaften die laufenden Ausgaben wesentlich schwächer gestiegen als die Ausgaben der Kapitalrechnung (ohne Schuldentilgung und Zuführungen an Rücklagen). Der größte und die Entwicklung der laufenden Ausgaben weitgehend bestimmende Posten sind mit 1,7 Mrd. DM nach wie vor die Personalausgaben. Bei den Stadtkreisen und den erfaßten kreisangehörigen Gemeinden machen sie über 40% der laufenden Ausgaben aus; bei den Landkreisen

lich, da die Nachfrage im Nichtwohnbau schon im vergangenen Jahr rückläufig war und die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden in dieser Bauart merklich gesunken ist.

Differenziertes Konjunkturbild

Eine steigende Nachfrage im Wohnungsbau, ein höheres Genehmigungsvolumen im öffentlichen Nichtwohnbau, eine rückläufige Entwicklung im Wirtschaftsbau, hier vor allem bei den gewerblichen Betriebsgebäuden, und ein mehr als deutliches Sinken der Nachfrage im Straßenbau und Tiefbau kennzeichnen das Bild der Baukonjunktur in Baden-Württemberg zu Beginn des zweiten Halbjahres 1971. Eine Voraussage der weiteren Entwicklung ist im Hinblick auf die Ungewissheiten in der allgemeinen wirtschafts- und finanzpolitischen Lage zur Zeit nur schwer möglich.

Dipl. Volkswirt Eugen Wetzel

liegt ihr Anteil bei rund 33% und bei den Bezirksverbänden bei rund 9%. Die Zuwachsrate der Personalausgaben betrug durchschnittlich 15,1% gegenüber 1969, und zwar gilt diese Quote mit nur geringfügigen Abweichungen für alle Gebietskörperschaften². Zu der Erhöhung der Personalkosten haben im Berichtsjahr neben Tarif- und Besoldungserhöhungen auch Stellenvermehrungen beigetragen.

Bei den sächlichen Verwaltungsausgaben (einschl. Zinsen) in Höhe von 1,4 Mrd. DM ergibt sich eine durchschnittliche Steigerung von 15,1%, sie schwankt zwischen 13,7% bei den Stadtkreisen und 20,2% bei den größeren kreisangehörigen Gemeinden. Hier handelt es sich neben den Zinsausgaben in erster Linie um Betriebsausgaben der gemeindlichen Anstalten und Einrichtungen in den Bereichen Schulen, Soziale Angelegenheiten, Krankenhäuser und dergleichen.

Einen dritten großen Komplex bilden bei den vermögensunwirksamen Ausgaben die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse. Diese haben sich 1970 um 12,4% auf rund 1,4 Mrd. DM erhöht. Hier wurden unter anderem 618 Mill. DM Renten und Unterstützungen vor allem im Rahmen der Sozialhilfe verausgabt. Im Rahmen der kommunalen Aufgabenerfüllung wurden 1970 dem Land 206 Mill. DM zur Verfügung gestellt. Es handelt sich hier in erster Linie um die Schulumlage, die von den Gemeinden und Gemeindeverbänden an das Land für die Besoldung der Lehrer an den allgemeinbildenden Schulen abzuführen ist.

Bauinvestitionen um ein Viertel gestiegen

Die Ausgaben der Kapitalrechnung, vor allem die Sach- und Finanzinvestitionen, sind bei den erfaßten kommunalen Gebietskörperschaften 1970 um 22,2% auf 1,9 Mrd. DM angestiegen. Den höchsten Ausgabeposten der Vermögensrechnung stellen die Ausgaben für Sachinvestitionen dar, die neben dem Erwerb von Grund- und Sachvermögen hauptsächlich die Baumaßnahmen umfassen. Mit 28,6% liegt die Steigerungsrate für Ausgaben für Bauten bei den Stadtkreisen wesentlich über der durchschnittlichen Zunahme (24,8%); bei den Landkreisen beträgt die Zuwachsrate 16,9%. Hier muß allerdings einschränkend vermerkt werden, daß die starke Zunahme bei den Bauinvestitionen unter anderem auch mit den im Verlauf des Jahres 1970 recht kräftig angestiegenen Baupreisen zu-

¹ Vgl. auch Baden-Württemberg in Wort und Zahl: Entwicklung der öffentlichen Finanzwirtschaft, Heft 4/1971, S. 102 ff.

² Vgl. Baden-Württemberg in Wort und Zahl: Personalausgaben im staatlichen Bereich 1960 bis 1970, Heft 6/1971, S. 177 ff.

Ausgaben und Einnahmen ausgewählter kommunaler Gebietskörperschaften 1970
Vorläufiges Ergebnis

Ausgabe-/Einnahmeart	Stadtkreise		Kreisangehörige Gemeinden mit 20 000 und mehr Einw.		Landkreise		Insgesamt ¹⁾		
	Mill. DM	Veränderung ²⁾ in %	Mill. DM	Veränderung ²⁾ in %	Mill. DM	Veränderung ²⁾ in %	Mill. DM	dagegen 1969	Veränderung ²⁾ in %
Ausgaben der laufenden Rechnung	1 957,5	14,5	916,9	13,9	1 286,0	15,9	4 483,7	3 923,5	14,3
Personalausgaben	848,6	14,4	365,6	15,9	426,1	15,9	1 669,9	1 450,2	15,1
Laufender Sachaufwand, Zinsen	736,7	13,7	321,3	20,2	330,6	16,7	1 435,2	1 247,0	15,1
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	372,2	16,5	230,0	3,4	529,3	15,3	1 378,6	1 226,3	12,4
darunter									
Renten und Unterstützungen	146,7	12,8	61,2	10,7	316,1	11,9	618,3	539,1	10,6
Ausgaben der Kapitalrechnung	845,9	23,9	635,2	24,5	363,2	14,0	1 871,7	1 531,3	22,2
darunter									
Sachinvestitionen	716,2	25,9	575,0	25,5	354,2	13,9	1 667,4	1 353,5	23,2
Baumaßnahmen	533,1	28,6	448,4	25,5	304,3	16,9	1 306,3	1 046,3	24,8
Erwerb von Grund- und Sachvermögen	183,1	18,5	126,6	25,6	49,9	- 1,6	361,1	307,2	17,5
Bruttoausgaben	2 803,4	17,2	1 552,1	18,0	1 649,2	15,5	6 355,4	5 454,8	16,5
Besondere Finanzierungsvorgänge									
Schuldentilgung	163,5	- 0,2	51,2	1,2	23,5	- 1,3	238,4	238,9	- 0,2
Zuführungen an Rücklagen	78,1	- 55,1	55,7	- 63,8	70,7	- 3,7	210,1	407,7	- 48,5
Durchlaufende Mittel ³⁾	122,0	- 30,3	107,4	- 15,7	310,0	- 23,2	540,8	706,3	- 23,4
Abschlußsumme der Haushalte	3 167,0	9,0	1 766,4	7,2	2 053,4	6,4	7 344,7	6 807,7	7,9
Einnahmen der laufenden Rechnung	2 214,7	1,3	1 219,4	- 6,2	1 557,7	13,1	5 308,2	5 155,6	3,0
Steuern und steuerähnliche Abgaben ⁴⁾	894,9	- 9,3	583,1	- 19,8	66,1	6,8	1 544,2	1 774,0	- 13,3
Gebühren und Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	679,0	8,3	338,3	7,8	347,7	19,3	1 386,2	1 249,3	11,0
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	361,6	10,1	177,6	6,1	991,6	10,7	1 772,9	1 618,3	9,6
darunter Allgemeine Finanzzuweisungen	131,1	5,6	86,2	6,8	271,6	7,0	524,1	494,1	6,1
Sonstige laufende Einnahmen	279,2	13,6	120,4	31,3	152,3	18,2	604,9	514,0	17,7
Einnahmen der Kapitalrechnung	245,0	- 1,4	143,3	23,1	64,2	- 4,2	455,9	435,9	4,6
darunter									
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	136,9	- 1,1	87,7	12,3	58,9	- 7,4	283,9	281,1	1,0
Bruttoeinnahmen	2 459,7	1,0	1 362,7	3,8	1 621,9	12,3	5 764,1	5 591,5	3,1
Besondere Finanzierungsvorgänge									
Schuldenaufnahmen aus Kreditmarktmittel	302,4	35,1	117,5	6,3	45,9	2,2	466,6	379,3	23,0
Innere Darlehen	64,7	41,9	7,7	24,2	8,0	142,4	80,5	55,2	45,8
Entnahmen aus Rücklagen	143,6	107,2	128,8	93,1	51,9	1,4	326,8	194,2	68,3
Durchlaufende Mittel ³⁾	122,2	- 30,3	107,4	- 15,8	310,0	- 23,2	541,1	706,5	- 23,4
Abschlußsumme der Haushalte	3 092,6	4,9	1 724,1	- 0,2	2 037,7	4,6	7 179,1	6 926,7	3,6
Finanzstatistischer Abschluß									
Nettofinanzierungssaldo (Bruttoausgaben abzüglich Einnahmen)	- 343,7	-	- 189,4	-	- 27,3	-	- 591,3	+ 136,7	-
Finanziert aus:									
Schuldenaufnahmen abzüglich Tilgungen (Saldo)	203,6	-	74,0	-	30,4	-	308,7	195,6	-
Rücklagenentnahmen abzüglich Zuführungen (Saldo)	65,5	-	73,1	-	- 18,8	-	116,7	- 213,5	-
Verbleiben									
Mehrausgaben	74,6	-	42,3	-	15,7	-	165,9	-	-
Mehreinnahmen	-	-	-	-	-	-	-	118,8	-

Gebietsstand: 31. 12. 1970 ¹⁾ Einschließlich Bezirksverbände. - ²⁾ Gegenüber 1969. - ³⁾ Anteilbeträge, Lastenausgleichsleistungen und Leistungen für den Zivilschutz (soweit für Rechnung des Bundes). - ⁴⁾ Gewerbesteuerumlage und sonstige Steuerbeteiligungsbeträge abgeglichen.

sammenhängt. Von der Gesamtsumme von 1,3 Mrd. DM entfielen 457 Mill. DM auf den Straßenbau, 298 Mill. DM auf öffentliche Einrichtungen und 234 Mill. DM auf den Schulbau. Für das Gesundheitswesen, insbesondere für den Krankenhausbau wurden 147 Mill. DM ausgegeben. Gegenüber 1969 ist die Investitionstätigkeit vor allem beim Straßenbau und bei den öffentlichen Einrichtungen angestiegen. Die Ausgaben der hier erfaßten Gebietskörperschaften machten im Jahr 1969 allerdings nur rund 44% des gesamten kommunalen Bauvolumens aus. Die Ausgaben für den Erwerb von Grund- und Sachvermögen, die durchschnittlich um 17,5% zugenommen haben, weisen bei den Landkreisen einen geringfügigen Rückgang von rund 2% auf.

Finanzierung der Ausgaben

Da die Gemeinden 1970 erheblich weniger Steuern vereinnahmten als im Vorjahr, war der Zuwachs der Einnahmen

niedriger als die Ausgabensteigerung. Bei den erfaßten Gebietskörperschaften beliefen sich die Steuereinnahmen auf insgesamt 1544 Mill. DM und lagen damit um 230 Mill. DM unter dem Stand von 1969. Ein Vergleich mit dem Vorjahresergebnis ist allerdings nicht möglich, da das außerordentlich hohe Steueraufkommen und das Absinken 1970 auf das von den Gemeinden bewirkte zeitliche Vorziehen von Gewerbesteuererinnahmen in das Jahr 1969 wegen der Neuverteilung der Steuereinnahmen im Rahmen der Gemeindefinanzreform zurückzuführen ist³⁾. Von dem Aufkommen der Gewerbesteuer in Höhe von 1079 Mill. DM mußten die Gemeinden im Zuge der Finanzreform eine Umlage von 40% an Bund und Land leisten, die im Jahr 1970 insgesamt 389 Mill. DM betrug. Dagegen erhielten sie vom Land als Gemeindeanteil am Aufkom-

³⁾ Vgl. hierzu auch die Ausführungen über: Staatliche und kommunale Steuereinnahmen 1970, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 4/1971, S. 113 ff.

men der Lohn- und Einkommensteuer im selben Zeitraum 558 Mill. DM. Auf diese Weise verblieb den Gemeinden aus der Finanzreform ein Plus-Saldo von 169 Mill. DM. Daß ein Teil der vorzeitig im Jahr 1969 eingegangenen Steuern zur Finanzierung der Haushalte von 1970 zur Verfügung stand, läßt sich aus den hohen Entnahmen aus Rücklagen 1970 ersehen, die durch hohe Rücklagenzuführungen im Jahr 1969 ermöglicht wurden. Im Gegensatz zum Rückgang der Steuereinnahmen bei den Gemeinden, errechnet sich für die Landkreise eine Zuwachsrate von 6,8%.

Da die Steuereinnahmen im Jahr 1970 durchschnittlich um 13,3% hinter dem Vorjahresergebnis zurückblieben, mußte zur Finanzierung der Ausgaben verstärkt auf Einnahmen aus Gebühren und wirtschaftlicher Tätigkeit (+ 11,0%) und auf laufende Zuweisungen und Zuschüsse (+ 9,6%) zurückgegriffen werden. Für Gebühren und Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit sind 1970 rund 1,4 Mrd. DM eingegangen. Es handelt sich dabei vorwiegend um Einnahmen aus Gebühren, Beiträgen und Entgelten, die vor allem bei den öffentlichen Einrichtungen und beim Krankenhauswesen anfallen, sowie um Konzessionsabgaben und Verwaltungskostenbeiträge der kommunalen Eigenbetriebe. Die Gebühren verzeichneten vor allem bei den Landkreisen (+ 19,3%) und den Bezirksverbänden (+ 22,4%) einen kräftigen Zuwachs.

Die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse in Höhe von 1,8 Mrd. DM umfassen einmal die allgemeinen Finanzzuweisungen des Landes sowie die zweckgebundenen Zuweisungen von Land und Bund, zum anderen die Umlagen der Gemeinden an die Gemeindeverbände. Im Jahr 1970 finanzierten die Land-

kreise ihre Bruttoausgaben zu 60% und die Bezirksverbände zu rund 70% aus laufenden Zuweisungen und Zuschüssen.

Von den Einnahmen der Kapitalrechnung in Höhe von 456 Mill. DM bilden die Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen mit 284 Mill. DM den größten Einzelposten. Die gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig höheren Zuweisungen vom Land an die kommunalen Gebietskörperschaften sind hauptsächlich für den Schulhausbau, den Straßenbau und den Krankenhausbau verwendet worden.

Um eine Nettodarstellung zu ermöglichen, werden die seither unter der Vermögensrechnung bei Einnahmen und Ausgaben aufgeführten Schuldenaufnahmen und Tilgungen sowie die Rücklagenbewegungen jetzt in einem neuen Abschnitt *Besondere Finanzierungsvorgänge* aufgeführt. Im Jahr 1970 wird zur Abdeckung des Nettofinanzierungssaldos (Bruttoausgaben abzüglich Einnahmen) von 591 Mill. DM eine Neuverschuldung auf dem Kreditmarkt in Höhe von 309 Mill. DM und der Saldo aus der Rücklagenbewegung (117 Mill. DM) herangezogen⁴. Es verbleiben Mehrausgaben in Höhe von 166 Mill. DM. Im Vorjahr wurden infolge der erheblich höheren Steuereinnahmen von den erfaßten Gebietskörperschaften noch 119 Mill. DM Mehreinnahmen nachgewiesen. Bemerkenswert ist noch, daß sich die Nettoverschuldung bei den Stadtkreisen hauptsächlich infolge der hohen Investitionsausgaben gegenüber 1969 nahezu verdoppelt hat.

Dipl.-Volkswirt Linus Weber

⁴ Vgl. Beitrag: Staatliche und kommunale Verschuldung am 31. 12. 1970, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 8/1971, S. 252 ff.

Geflügelwirtschaft 1970

Die Geflügelwirtschaft, ein wichtiger Zweig der Landwirtschaft, hat sich infolge steigender Nachfrage, durch Anwendung moderner Techniken und neuer betriebswirtschaftlicher Erkenntnisse immer stärker zu einem marktorientierten Betriebszweig entwickelt. Dennoch stellen die Verhältnisse auf dem Schlachtgeflügelmarkt – insbesondere hinsichtlich der Erlöse – die landwirtschaftlichen Erzeuger häufig nicht zufrieden. Auch der Eiermarkt ist immer wieder von einer Unruhe gekennzeichnet: Vor Beginn des im August 1962 für Eier einsetzenden Gemeinsamen Marktes drückten die nach der Bundesrepublik gelieferten ungewöhnlich großen Eiermengen auf die Eierpreise. Ab 1962/63 erhöhte sich die Produktion im Inland jedoch sprunghaft und begann die Einfuhr zu verdrängen. Ausschlaggebend war hierbei vor allem der technische Fortschritt auf dem Gebiet der Züchtung, der Fütterung und der Hygiene, der die Produktivität stark erhöhte und die Kosten entsprechend gesenkt hat. Trotzdem erwiesen sich die flächenunabhängigen landwirtschaftlichen Produktionszweige wie die Geflügelwirtschaft weiter als konjunkturempfindlich. Die Erzeugerpreise in der Geflügelwirtschaft standen ständig unter dem Druck eines latenten Überangebots. Denn das Niveau der Erzeugerpreise wird bereits weitgehend durch das Angebot der Unternehmungen mit moderner, kostengünstiger Produktionsweise bestimmt. Andererseits hat infolge des gestiegenen Masseneinkommens und der bestehenden Einkommenselastizität der Verbrauch an Eiern und Eiprodukten (wie Trockenei usw.) sowie der Verbrauch an Geflügelfleisch beträchtlich zugenommen. Sowohl vergleichsweise höhere Preise für andere Fleischarten als auch die zunehmenden Verbraucherwünsche nach kalorienarmer Nahrung sorgten zusätzlich dafür, daß sich der Pro-Kopf-Verbrauch an Geflügelfleisch einschließlich Wildfleisch im Bundesgebiet in den Wirtschaftsjahren 1960/61 bis 1968/69 von 4,4 kg auf 7,4 kg um rund sieben Zehntel erhöhte; gleichzeitig verstärkte sich der Konsum an Eiern und Eipro-

dukten von 13,1 kg auf 15,2 kg je Einwohner um etwa ein Sechstel. Es ist aber anzunehmen, daß inzwischen die Elastizität der Nachfrage in bezug auf Einkommen und Preise schon stark nachgegeben hat. Der Verbrauch an Fleisch insgesamt stieg im Bundesgebiet um ein Fünftel (1968/69 = 73,2 kg je Einwohner), in Baden-Württemberg um etwa ein Sechstel von 54,8 kg (1960/61) auf 64,4 kg (1968/69). Der Bundesbürger verzehrte 1960/61 rund dreizehnmal soviel, 1968/69 jedoch nur neunmal soviel anderes Fleisch als Geflügelfleisch. Wie die Ergebnisse der Allgemeinen Viehzählungen im Dezember zeigen, werden vornehmlich Hühner verzehrt; der Anteil der Gänse, Enten und Truthühner am Federvieh insgesamt liegt unter 2%.

Um die Marktleistungen der einzelnen Betriebsmittelzweige der Landwirtschaft aufzuzeigen, werden die Verkaufserlöse (insgesamt, ohne Mehrwertsteuer 1969/70 = 4,1 Mrd. DM) herangezogen. Nahezu zwei Drittel der Verkaufserlöse entfallen auf tierische Erzeugnisse zusammen bzw. fast ein Zehntel auf „Sonstige tierische Erzeugnisse“, wozu auch Eier, Geflügel und Gänsefedern gehören. Eine regional gegliederte, verhältnismäßig gute Vergleichsmöglichkeit bietet sich in der für Geflügel und Eier spezifiziert angegebenen Nahrungsmittelproduktion an: Der Schwerpunkt des Naturalwerts der Nahrungsmittelproduktion für Geflügel errechnet sich mit 500 und mehr t GE für die nordwürttembergischen Landkreise Ulm und Göppingen sowie für die Kreise Biberach in Südwürttemberg-Hohenzollern und Sinsheim in Nordbaden. Für Eier zeigen einen maximalen Naturalwert der Nahrungsmittelproduktion (2000 und mehr t GE) die nordwürttembergischen Landkreise Göppingen, Heilbronn, Ulm, Ludwigsburg und Aalen sowie die nordbadischen Kreise Sinsheim und Karlsruhe-Land. Der maximale Naturalwert entfällt bei Eiern (1969/70 = 3295 t) auf den südwürttembergischen Kreis Biberach.